

REZENSIONEN

Theresa Wobbe, Ingrid Biermann

Von Rom nach Amsterdam. Die Metamorphosen des Geschlechts in der Europäischen Union

UTA KLEIN

Mit der Publikation „Von Rom nach Amsterdam“ legen Theresa Wobbe und Ingrid Biermann einen weiteren Beleg dafür vor, dass die gleichstellungsrechtliche Entwicklung auf EU-Ebene als Erfolg anzusehen ist. Mit dem Titel sind die Eckdaten markiert: Als Startpunkt gilt das Lohnleichheitsgebot (Art. 119 EWGV) des Gründungsdokuments der EWG, der Römischen Verträge und die Untersuchung endet beim Amsterdamer Vertrag (EGV 1997). Die Errichtung eines gemeinsamen Marktes (EWG) mit dem Gebot der Freizügigkeit von Arbeitskräften ging mit dem Diskriminierungsverbot in Bezug auf den Lohn, also bereits mit einer sozialen Dimension der Marktbildung einher (Kapitel 2). Bekanntlich spielten dabei die ILO-Konventionen eine tragende Rolle. Im Fall Defrenne II (einer der Klagen einer belgischen Stewardess gegen Diskriminierung) kodifiziert der EuGH 1976 die Verankerung der sozialen Dimension im Gemeinschaftsrecht. Hinsichtlich der Verabschiedung weiterer Gleichberechtigungsnormen sind erst zwischen 1973 und 1983 Fortschritte zu verzeichnen, entscheidende Richtlinien wie die zur Entgeltgleichheit oder die Gleichbehandlungsrichtlinie treten in Kraft (Kapitel 3 und 4). Dazu verhelfen der Aufbau einer „Strukturebene“ in der Kommission und im Parlament, wie beispielsweise die Einrichtung des Ad-hoc-Ausschusses für die Rechte der Frau (1979) und der Einzug erfahrener Politikerinnen ins Parlament 1979. Nach einer Phase der Stagnation nach 1984 erhält die Wirtschaftsgemeinschaft durch den Vertrag von Maastricht 1992 eine „politische Identität“. Die Gleichberechtigungsidee erfährt eine Ausrichtung auf die Beschäftigungspolitik (Kapitel 5). Der Vertrag von Amsterdam (1997) bringt, so die Autorinnen, eine neue Qualität der Gleichberechtigungsnormen durch deren primärrechtliche Absicherung, durch die Übernahme des im globalen Diskurs der UN-Weltfrauenkonferenzen entstandenen Gender Mainstreaming auf der europäischen Ebene und durch die Ermächtigung des Rats zu Antidiskriminierungsmaßnahmen über das Geschlecht hinaus (Kapitel 6). Anders als die einschlägigen Arbeiten von Verloo (2005) und anderen, die hier erstaunlicherweise nicht rezipiert wurden, meinen die Autorinnen, dass die Hinwendung zu Gender Mainstreaming keinen entscheidenden Politikwechsel markiere. In den wesentlichen Darstellungen der Entwicklung des Gleichstellungsrechts und in der Einteilung der Entwicklungsphasen wiederholt das Buch von Wobbe und

Biermann im Großen und Ganzen die Darstellungen von Hoskyns (1996), Fuhrmann (2005) und Klein (2006). Die Autorinnen betrachten gleichfalls die Entwicklung der Gleichberechtigungsnormen als sozialpolitisch höchst bedeutsam. Ein Unterschied zu anderen Arbeiten ist in der Bewertung der Marktorientierung festzustellen. Tatsächlich stellt die Wettbewerbsfähigkeit des gemeinsamen Marktes den Orientierungspunkt der Gleichberechtigungsnormen dar. Während Wobbe und Biermann jedoch darin eine besondere Qualität und eine Chance sehen, indem die Mitgliedstaaten zur Bereitstellung entsprechender Ressourcen verpflichtet seien, um die Zugangschancen der Individuen abzusichern, beurteilen andere Autorinnen die ausschließliche Marktorientierung skeptischer, indem sie beispielsweise auf die soziale Exklusion von Migrantinnen und Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen hinweisen.

Biermann und Wobbe nennen die wesentlichen Akteursgruppen zur Herausbildung der Gleichstellungsnormen nur kurz und zeigen deren entscheidende Rolle während der gesamten Entwicklung nicht. Schade ist, dass die entsprechenden einschlägigen Arbeiten dazu, wie beispielsweise zum „velvet triangle“ der drei Hauptakteursgruppen (Femokratinnen/feministische Politikerinnen; Wissenschaftlerinnen/Expertinnen; Nichtregierungsorganisationen) von Woodward (2000) und Locher (2007) ignoriert werden, da gerade dieses velvet triangle zum Politikwechsel beigetragen hat.

Insgesamt beschränkt sich die Analyse auf die normative Ebene. Der (Unter-)Titel täuscht insofern, als im Buch nicht verdeutlicht wird, welche gleichstellungs*politischen* Maßnahmen und Entwicklungen der EU neben den gleichstellungs*rechtlichen* Vorgaben auf die Mitgliedstaaten eingewirkt haben. Egalitätsnormen sind fraglos wichtig, da sie die Begründungen für die Beseitigung von Ungleichheiten liefern. Neben dem Blick auf (normative) Symmetrien im Geschlechterverhältnis durch das Gleichstellungsrecht kann eine Bewertung der Gleichstellung und damit eine Einschätzung der Geschlechterpolitik jedoch erst durch die Einbeziehung empirischer Ausprägungen der Geschlechterverhältnisse vorgenommen werden. Gerade für die Durchsetzung der Normen – und darum muss es ja gehen – sind die unterschiedlichen Geschlechterarrangements der Mitgliedstaaten entscheidend.

Theresa Wobbe, Ingrid Biermann, 2009: Von Rom nach Amsterdam. Die Metamorphosen des Geschlechts in der Europäischen Union. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 218 S., ISBN 978-3-531-15323-0.

Literatur

Fuhrmann, Nora, 2005: Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration. Wiesbaden.

Hoskyns, Catherine, 1996: Integrating Gender. Women, Law and Politics in the European Union. London, New York.

Klein, Uta, 2006: Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Akteure – Themen – Ergebnisse. Lehrbuch. Wiesbaden.

Locher, Birgit, 2007: *Trafficking in the European Union. Norms, Advocacy-Networks and Policy-Change*. Wiesbaden.

Verloo, Mieke, 2005: „Displacement and Empowerment: Reflections on the Concept and Practice of the Council of Europe Approach to Gender Mainstreaming and Gender Equality“. In: *Social Politics* 12, 3, 344-365.

Woodward, Alison, 2004: „Building Velvet Triangles: Gender and Informal Governance“. In: Piattoni, Simona; Thomas Christiansen (Hg.): *Informal Governance and the European Union*. London, 76-93.

Fiona Beveridge, Samantha Velluti (Hg.)

Gender and the Open Method of Coordination: Perspectives on Law, Governance and Equality in the EU

GABRIELE ABELS

Gleichstellungspolitik gehört seit 1957 zu den Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft, wenngleich zunächst nur mit einem engen Mandat (Lohnleichheit). Seit den 1970er Jahren findet eine beachtliche Ausweitung europäischer Gleichstellungspolitik statt, die sich in einem Ausbau eines sozialregulativen „Gender Acquis“ und schließlich in der Verankerung des Ziels Geschlechtergleichstellung und des Querschnittsprinzips Gender Mainstreaming im Amsterdam-Vertrag niederschlug. In den letzten Jahren kamen zunehmend weiche Steuerungsinstrumente hinzu, insbesondere die 1997 eingeführte Offene Koordinierungsmethode (OKM), die mit der „Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ von 2000 etabliert wurde. Statt auf die Supranationalisierung von Kompetenzen beruht die OKM auf freiwilligen intergouvernemental-administrativen Kooperationsformen, auf dem Subsidiaritätsprinzip, auf wechselseitigem Monitoring und weichen Sanktionen (naming and shaming), sowie schließlich auf Governance durch Wissensproduktion und Lernprozesse. Ursprünglich für den Bereich der Beschäftigungspolitik und Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) entwickelt, ist in den vergangenen Jahren ein „spill over“ auf weitere sozialpolitische Politikfelder zu beobachten: Förderung der Frauenerwerbsquote, Antidiskriminierung, soziale Eingliederung und Förderung einer wissensbasierten Ökonomie sind zentrale Ziele der sozialpolitischen EU-Agenda. Die Fragen, welche Bedeutung der OKM als „policy tool“ für eine Geschlechterpolitik zukommt und wie erfolgreich dieses Instrument ist, stehen im Mittelpunkt des von den beiden Rechtswissenschaftlerinnen Fiona Beveridge und Samantha Velluti herausgegebenen Bandes, der die Beiträge eines eintägigen Workshops dokumentiert.

Das Einführungskapitel von *Beveridge* stellt die Entstehung der EU-Gleichstellungspolitik und der OKM dar und arbeitet die oben genannten Fragestellungen des

Bandes heraus, die in den anschließenden Kapiteln empirisch aufgezeigt werden. So verbindet etwa der anschließende Beitrag von *Roberta Guerrina* die Diskussion um „work-life balance“ mit jener um die demographische Entwicklung in der EU; hieraus resultiere der Wandel hin zu einer frauenaktivierenden Arbeitsmarktpolitik und zur „dual breadwinner family“ (50). Dieser Wandel laufe aber Gefahr, familiäre Machtstrukturen nicht zu berücksichtigen und somit die Doppelbelastung von Frauen zu vergrößern.

Ayse Idil Aybars beleuchtet die Wirkungen der EBS in vier Mitgliedstaaten, die verschiedene Wohlfahrtsstaatstypen repräsentieren: Spanien, Dänemark, Frankreich und Großbritannien. Sie zeigt, dass eine Europäisierung je nach geschlechterpolitischem Regimetyp unterschiedlich verläuft. Divergenz statt Konvergenz sei das Ergebnis, obgleich die vereinheitlichende Wirkung kognitiver Leitbilder (hohe Frauenerwerbsarbeit und „work-life balance“) nicht zu unterschätzen sei. Der Befund wird auch von *Julia O'Connor* bestätigt. Sie identifiziert ein Missverhältnis zwischen der normativen Verpflichtung auf Gleichheit auf der supranationalen Ebene und deren Umsetzung auf nationaler Ebene. Ursache hierfür sei eine unzureichende Realisierung des Partizipationselements in der OKM, nämlich der Mobilisierung von „national stakeholders“ für Nationale Aktionspläne und Reformprogramme. Strukturelle Barrieren, die sich auf die Erwerbsfähigkeit von Frauen auswirken, würden marginalisiert.

Am Beispiel von Polen vertieft *Malgorzate Fuszara* die Voraussetzungen auf nationaler Ebene zur Realisierung der Potentiale der OKM. Diese könne nur dann erfolgreich sein, wenn erstens auf nationaler Ebene der politische Wille und zweitens auch die administrativen Kapazitäten dazu vorhanden seien. In Polen scheint es an beidem eher gefehlt zu haben. *Kristina Koldinská* untersucht neben Polen auch Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Estland im Hinblick auf die EU-Strategie der sozialen Eingliederung. Ihre vergleichende Analyse der nationalen Fortschrittsberichte verdeutlicht zum einen, wie unterschiedlich die Ziele der Eingliederungsstrategie im Hinblick auf ihre geschlechterpolitischen Implikationen interpretiert wurden, und zum anderen gravierende Unterschiede im nationalen Engagement. Um Veränderungen zu erreichen, seien weitere Instrumente für einen kulturellen und ideologischen Wandel erforderlich. Auf die Bedeutung nationaler Faktoren verweist auch *Velluti*. Sie zeigt für Dänemark und Italien, dass die OKM zwar keinen Wandel initiiert, aber zur Feminisierung des Arbeitsmarktes beigetragen habe. Sie habe die wichtige Funktion der „promotion and brokerage“ (162). Lernprozesse in der OKM würden es ermöglichen, für den Strukturwandel von Arbeitsmärkten bessere Lösungen zu finden. Diese Prozesse seien allerdings in den beiden Staaten recht unterschiedlich verlaufen.

Der Beitrag von *Amparo Serrano Pascual* unterstellt, dass die OKM eine Governance-Methode sei, die besonders zur Förderung von Gender Mainstreaming geeignet sei. Denn Gender Mainstreaming baue als umfassendes Konzept auf eine Reflexion über politisch konstruierte Geschlechterbilder, was mit der Lern- und

Partizipationskomponente der OKM korrespondiere. Hierdurch würden neue politische Ressourcen für Gleichstellungspolitik erschlossen. Für die Praxis des Gender Mainstreaming in der EBS seien freilich gravierende Implementationsdefizite zu konstatieren, die aus den strukturellen Begrenzungen der OKM resultieren.

Das abschließende Kapitel der beiden Herausgeberinnen greift die zentralen Fragen wieder auf und reflektiert diese vor dem Hintergrund der Policy-Analysen. Deutlich wird der Einfluss unterschiedlicher gleichstellungspolitischer Regime. Die Beiträge verweisen auch auf widersprüchliche Erkenntnisse. So sei die OKM wohl nicht für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen geeignet. Unklare Zielformulierungen und Berichtspflichten sind zentrale Probleme. Ferner würde das Versprechen der OKM nach Ausweitung von Partizipationschancen nicht realisiert. Und schließlich fehle es an einer übergreifenden Vision, wo die EU-Gleichstellungspolitik eigentlich hin will. Gerade die oftmals als Vorteil diskutierte Interpretationsoffenheit und deliberative Qualität der OKM erweist sich bei gleichzeitigem Fehlen eines solchen Leitbildes als Problem.

In der Gesamtschau ergänzt der Sammelband die in den letzten Jahren zur OKM entstandene Forschungsliteratur um eine bis dahin vernachlässigte Gender-Perspektive und bereichert zugleich die Analyse von Stärken und Schwächen dieser neuen Governance-Methode.

Fiona Beveridge, Samantha Velluti (Hg.), 2008: *Gender and the Open Method of Coordination: Perspectives on Law, Governance and Equality in the EU*. Aldershot: Ashgate, 212 S., ISBN 978-0-7546-7343-9.

Christina Klenner, Simone Leiber (Hg.)

Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten

SIGRID LEITNER

Die westliche vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung – auch die feministische – hat lange gebraucht, um die postsozialistischen mittel- und osteuropäischen (MOE) Länder als Untersuchungsfeld wahrzunehmen. Der vorliegende Sammelband kann als Versuch interpretiert werden, diese immer noch zögerliche Wahrnehmung zu stärken und zu schärfen. Mit insgesamt 13 Beiträgen werden die LeserInnen auf den neusten Stand der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung zu den zehn EU-Mitgliedsländern mit realsozialistischer Vergangenheit gebracht. Bis auf zwei Beiträge sind alle Länder vergleichend angelegt, oftmals sogar aus einer multiplen, alle

zehn Länder umfassenden Perspektive. Dies birgt eine zuweilen nicht leicht zu überschauende Menge an statistischen Daten und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen. Die Rezensentin – selbst Lernende bezüglich der Wahrnehmung der MOE-Länder als Untersuchungsgegenstand – fühlte sich anfänglich fast erdrückt von dieser Informationslast. Vielleicht, so die beim Lesen aufkommende These, liegt darin auch ein Grund für die nur langsam von statten gehende Öffnung der westlichen Perspektive auf die östlichen Wohlfahrtsstaaten: Die Transformation des „sozialistischen Wohlfahrtsstaatsmodells“ hat dermaßen viel Heterogenität und Komplexität freigelegt, dass wir zunächst ratlos davor stehen und nicht wissen, ob und an welchen Stellen wir mit unseren westlichen Analysekonzepten andocken können.

Für eine sanfte Annäherung empfiehlt es sich deshalb, mit den Beiträgen anzufangen, die sich nur mit einem Länderbeispiel beschäftigen, wie derjenige über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Rentenreformen in Polen von *Joanna Ratajczak-Tucholka*. Polen stellt ein Paradebeispiel für die Einführung eines Rentensystems mit sogenanntem „virtuellen Beitragsprimat“ dar: Dabei werden im Rahmen eines umlagefinanzierten Systems alle Beitragszahlungen auf virtuellen individuellen Konten gutgeschrieben. Aus der Summe dieser Gutschriften und deren „Verzinsung“ (sprich: Indexierung) ergibt sich dann die individuelle Rentenhöhe, die zusätzlich von der Entwicklung der Lebenserwartung und dem Zeitpunkt des Renteneintritts bestimmt wird. Die mit dem virtuellen Beitragsprimat verbundene Stärkung des Beitrags-Leistungs-Bezugs trifft Frauen aufgrund ihrer Erwerbsbiographien in der Regel stärker als Männer. Diese und andere rentenpolitische Zusammenhänge finden sich in dem Beitrag von *Katharina Müller* über die Rentenreformpfade in den MOE-Ländern aus einer vergleichenden Perspektive weiter ausgeführt, ohne sich in den Details der einzelnen Rentenpolitiken zu verlieren. Beide Beiträge bilden zusammen genommen einen kompakten und sehr klar strukturierten Einstieg in die Rentenpolitik. Sie finden sich im dritten Teil des Sammelbands, in dem es um Wohlfahrtsstaatsreformen und ihre geschlechterspezifischen Folgen geht. Als weitere Reformfelder werden in je einem Beitrag die Gesundheitssysteme, die Arbeitsmarktpolitiken sowie Politiken zur Armutsbekämpfung betrachtet.

Einen leichten Zugang anderer Art bietet der Beitrag von *Christina Klenner* und *Hana Hašková*, in dem die Unterschiede in der Müttererwerbstätigkeit zwischen Tschechien und der ehemaligen DDR als Variationen des Zweiverdienermodells analysiert werden. Der weitgehend bekannte ostdeutsche Fall wird hier zum Einstieg in die Analyse der Unterschiede zwischen den postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten. Die Autorinnen zeigen sehr schön, dass sich bereits Ende der 1960er Jahre differente Entwicklungen bezüglich Kinderbetreuung und Müttererwerbstätigkeit in der ČSSR und der DDR abzeichneten: Während in der Tschechoslowakei die Betreuung von Kindern unter drei Jahren eher als Aufgabe der Familie betrachtet wurde, führte die DDR die möglichst frühe Krippenbetreuung ein. Dieses kulturelle Erbe hat sich im Transformationsprozess erhalten und wurde durch familienpolitische Entscheidungen sowie betriebliche Strukturen der Vereinbarkeit von Familie

und Beruf gefestigt. Der Beitrag ist im zweiten Teil des Sammelbands verortet, der der Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa in vergleichender Perspektive gewidmet ist. Nach einem Überblicksartikel über den Wandel der Geschlechterregime, der die Indikatoren Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, Zeitverwendung, Einkommensumverteilung und politische Entscheidungsmacht geschlechtsspezifisch darstellt, wird die Vereinbarkeitspolitik in Polen und den baltischen Ländern in den Blick genommen. Dem folgen ein Beitrag zur informellen Ökonomie und deren Auswirkungen auf die Ungleichheit der Geschlechter am Beispiel Bulgariens sowie ein Beitrag zur Rolle der EU-Gleichstellungspolitik für die MOE-Länder.

Für Fans von Wohlfahrtsstaatstypologien empfiehlt sich schließlich auch ein Einstieg in den ersten Teil des Sammelbands, in dem sich – neben einem einführenden Literaturbericht von *Diana Auth* über den Forschungsstand zur geschlechtsspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung in Mittel- und Osteuropa – zwei Beiträge mit der typologischen Verortung der MOE-Länder befassen. So kommt *Maarten Keune* zu dem Schluss, dass sich die staatssozialistischen Wohlfahrtsstaaten zu „minimalen bismarckschen Wohlfahrtsstaaten“ entwickelt haben. Sie verknüpfen erwerbsarbeitszentrierte Sozialversicherungssysteme mit niedrigen Sozialausgaben und einer zunehmend wichtigen Rolle des Marktes in Teilbereichen der sozialen Sicherung. *Dorottya Szikra* und *Dorota Szelewa* arbeiten in ihrem Beitrag mit dem Analysemodell des Familialismus. Dabei wird die spezifische Konfiguration der Erbringung von Pflege- und Betreuungsarbeit zwischen Staat, Markt und Familie untersucht. Die Autorinnen stellen die Frage, ob bzw. inwiefern Ungarn und Polen in Bezug auf ihre Kinderbetreuungspolitik mit der Begrifflichkeit des Familialismus charakterisiert werden können. Schließlich verorten sie Ungarn im optionalen und Polen im impliziten Familialismus: In Ungarn sind die öffentliche Kinderbetreuung und die bezahlte Elternzeit relativ gut ausgebaut, in Polen vergleichsweise schlecht. Es sind dies die Beiträge, die Brücken bauen in die westliche Welt der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Hier gilt es weiter zu denken und das eigene Ländersample neu zu mischen in der Hoffnung, dass der Ost-West-Vergleich neue Früchte bringt hinsichtlich der analytischen Dimensionen zur Klassifizierung von Wohlfahrtsstaaten.

Insgesamt ist der Sammelband lesenswert für alle, die sich mit einem oder mehreren der postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten beschäftigen (wollen). Er ist aufgrund der Detailgenauigkeit und der Vielzahl an vergleichenden Daten auch als Nachschlagewerk zu empfehlen. Neben der Fülle an Informationen werden aber auch eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die darauf hindeuten, dass das Puzzle der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung noch längst nicht gelöst ist. Interessant wäre es, in einem nächsten Schritt über die Beschreibung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten hinaus zu gehen und systematisch nach den Gründen für dieselben zu forschen.

Christina Klenner, Simone Leiber (Hg.), 2009: Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 394 S., ISBN 978-3-531-16135-8.

Anika Keinz

Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989

GESINE FUCHS

Die Ethnologin Anika Keinz analysiert Prozesse der Demokratisierung und Europäisierung in Polen als einen Konflikt um die Konstituierung der polnischen Nation und zeigt, dass dabei Vorstellungen von Geschlechterrollen und Sexualität zentrale Rollen spielen. Sie konkretisiert damit die Verbindung von Geschlecht und Nation, wie sie für osteuropäische Transformationsgesellschaften oft postuliert wurde. Grundlage der Studie sind Gespräche, Interviews und Beobachtungen, die während eines längeren Feldaufenthaltes in Warschau bei Frauen-NGOs und informellen Netzwerken entstanden; ergänzend analysiert die Studie Medienberichte und Parlamentsdebatten.

Das Buch beginnt mit einer ungewöhnlich ausführlichen und offenen Reflektion zur Praxis des Feldzugangs und der Feldforschung. Diese „Einblicke in die ethnologische Wissensproduktion“ (43) sind außerordentlich anregend und lohnen die Lektüre für alle PolitologInnen, die sich für ihre Forschungen in ein spezifisches Feld begeben und ihre Irritationen lieber produktiv verarbeiten als verschleiern möchten.

Danach fächert die Autorin ihre konzeptionellen Zugänge auf. Grundlegend ist das Bestreben, eine „Ethnographie der Gegenwart“ zu schreiben, die (geographische) Hierarchisierungen vermeidet. Zur Verfolgung der Diskurse und Debatten wird das „politische Feld“ von Bourdieu eingeführt als eine Arena und ein Spannungsfeld, wo verschiedene Akteurinnen um die Durchsetzung konkurrierender Gesellschaftsbilder und Identitäten kämpfen. In diesem Feld werden politische Probleme, Programme und Ereignisse „produziert“. Dies ist ein heuristisch durchaus geeignetes Instrument. Weniger Thema sind dabei aber Interaktionen zwischen ihnen, staatlichen Institutionen und politischen Strukturen, sodass die politologische Frage nach der tatsächlichen Resonanz der Diskurse kaum beantwortet werden kann.

Das konservative Projekt, eine traditionelle, heterosexuelle und biologistische Vision der polnischen Nation als „core narrative of the nation“ zu schaffen und zu halten, wird in den zeitgeschichtlichen Kontext eingebettet und anhand von Debatten zur Abtreibung und verschiedener Entwürfe eines Gleichstellungsgesetzes (94-124) ebenso verdeutlicht wie anhand von Europa-Diskursen im Kontext des EU-Beitritts (185-243). Der Konflikt um die „Gleichheitsparaden“ für Lesbian, Gay, Bi- and Transsexual People (LGBT) (die 2005/06 in Polen mehrmals verboten und gewaltsam aufgelöst wurden) zeigt, wie Legalität und Legitimität eines demokratischen Grundrechts angezweifelt wurden, weil das Anliegen als etwas „Fremdes“, „Unpolnisches“ definiert wurde. Dieser hegemoniale Diskurs wird von den untersuchten informellen Netzwerken und Akteurinnen herausgefordert, indem sie sich mit Gegenpositionen in die öffentliche

Debatte einmischen. Sie haben zudem „global reisende Begriffe“ wie „häusliche Gewalt“ erfolgreich übernommen und es damit ermöglicht, Phänomene zu skandalisieren, für die es bisher keine Sprache gab, und die darum nicht zu existieren schienen (190-211). Bei diesem Beispiel wird deutlich, dass die Beschränkung der Studie auf die Diskursebene den „Politikerfolg durch Diskursänderung“ tendenziell unterschätzt. So war die Umsetzung von Policies gegen häusliche Gewalt in den neuen EU-Mitgliedsstaaten relativ schnell und weitreichend. Anhand von Zuschreibungen und Selbstbenennungen als „Feministin“ (118-133) zeigt Keinz bei den Akteurinnen zeitliche Veränderungen auf, von einer eher defensiven Haltung zu einer selbstbewussten und kompromisslosen Identifikation als (polnische und europäische) Feministin. Diese neue Identität zeigt sich auch – und typisch für Feminismus – als bewusst anderer Lebensstil. Schließlich sind die von informellen und finanziell unabhängigen Netzwerken organisierten Demos (Manify) seit 2000 zentral. Hier zeigt sich öffentlicher und fantasievoller Protest gegen die hegemoniale Geschlechterordnung: „Durch ihre Aktionen und ihre öffentliche Präsenz reartikulieren [die Akteurinnen] das Politische und damit das Verhältnis zwischen Staat und Nation bzw. Staat und Bürgerin, weg von einem *sie* (der Staat) gegen *uns* (die Nation) hin zu einem *wir*, d.h. einer politisch und sozial aktiven Bürgerschaft“ (142, Hervorhebungen i. O.). Die Reaktionen der liberalen wie konservativen Medien auf die Manify werden kritisch bewertet. Hier wäre es interessant gewesen, die Einschätzung der Akteurinnen zur Wirkung ihres Protestes zu hören, denn generell analysiert Keinz in ihrer Studie sehr konservative bis reaktionäre Texte und kontrastiert sie mit den Positionen der Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen. Die Kriterien für die Quellenauswahl werden nicht expliziert; es fällt auf, dass die weniger prominenten „liberalen Zwischentöne“ fehlen, die vielleicht mehrheitsfähiger wären.

Keinz hat eine Studie über neuere Entwicklungen im Nachbarland geschrieben, die den Forschungsstand ergänzt. Für politikwissenschaftliche Fragen nach demokratischer Konsolidierung und den kulturellen Aspekten sozialer Bewegungen bietet sie wertvolle Grundlagen zur Betonung der Wichtigkeit politischer Diskurse.

Anika Keinz, 2008: Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989. Bielefeld: transcript Verlag, 273 S., ISBN 978-3-8376-1011-6.

Christine Holike

Islam und Geschlechterpolitiken in Indonesien. Der Einzug der Scharia in die regionale Gesetzgebung

RONJA EBERLE

Nach über dreißig Jahren wurde in Indonesien 1998 das autoritäre Regime, die sogenannte „Neue Ordnung“ unter General Suharto, gestürzt. Seit diesem Regimewechsel hat sich das Verhältnis von Islam und Politik zweifellos verändert. Islamische Organisationen waren nicht nur am Sturz, sondern auch an den nachfolgenden Demokratisierungsprozessen maßgeblich beteiligt. Zugleich erstarkten Bewegungen, die eine Integration islamischer Gesetze (Scharia) in das Rechtssystem forderten. Mittlerweile haben diese Gruppen hunderte von Regionalverordnungen sowie ein nationales Gesetz „gegen Pornografie und pornografisches Handeln“ erwirkt. Diese Gesetze enthalten orthodoxe Interpretationen der Scharia und richten sich in Form von Kleiderordnungen oder Bewegungseinschränkungen zuallererst disziplinierend und gewaltförmig gegen Frauen.

Christine Holike beschäftigt sich aus feministisch-politikwissenschaftlicher Perspektive mit geschlechterpolitischen Dimensionen dieser Entwicklungen. Das Buch basiert auf ihrer Magistra-Arbeit. Das Kapitel „Politik und Islam“ geht den verschiedenen islamischen Strömungen seit der Gründung des indonesischen Nationalstaates 1945 nach. Hierbei fokussiert Holike die fortschreitende Politisierung des Islam seit den 1980er Jahren und zeigt, dass orthodoxe Forderungen nach der Scharia nicht nur historisch tief verwurzelt, sondern zudem in Prozesse der Hegemoniebildung eingebettet sind.

In den beiden folgenden Kapiteln gelingt es Holike sehr überzeugend, ihre feministischen Perspektiven in die Forschung des Malestream einzubetten. Das Kapitel „Politische Dezentralisierung“ zeigt, wie das Dezentralisierungsprogramm von 2001 in demokratiefördernder Absicht die politische und ökonomische Macht der Zentralregierung auf Regionen und Provinzen verlagert, dabei aber die Einbindung von Frauen in politische Entscheidungsprozesse verfehlt und so den Einzug der Scharia in die Regionalgesetzgebung begünstigt.

In dem Kapitel „Syariat Islam: Reglementierungen von Frauen und Etablierung sozialer Kontrolle“ kommt die umfangreiche lokale Recherche der Autorin besonders zum Tragen. Das Kapitel liefert einen umfassenden Überblick zu Ratifizierungsprozessen, Umsetzungsmodi und politischen Konsequenzen der Scharia. Holike setzt ihre Beobachtungen und Einschätzungen ins Verhältnis zur bisherigen Forschung und zeigt so unmissverständlich auf, dass Forschung zu gegenwärtigen, gesellschaftspolitischen Transformationsprozessen ohne die Analyse geschlechterpolitischer Dimensionen sehr verkürzt ist.

Das letzte Kapitel „Geschlechterpolitiken – Weiblichkeitskonstruktionen in Hegemonialkonflikten“ schlägt einen Bogen zu Theorien der feministischen Friedens- und Nationalismusforschung. Holike zeigt hier auf, wie innenpolitische Probleme und Konflikte um politische Hegemonie im Kontext der Scharia Verordnungen über die Disziplinierung und Reglementierung weiblicher Körper und weiblicher Sexualität ausgehandelt werden. Ihre Ausführungen führen sie zu der These, dass „die autoritäre Mütterlichkeitsideologie der Neuen Ordnung und neo-konservative islamische Weiblichkeitsvorstellungen [im Kontext der Scharia] eine Synthese“ (88) eingehen. Während die vorangehenden Kapitel politische Akteur_innen und Entwicklungen auf deskriptiver Ebene beleuchten, nimmt Holike hier einen Perspektivenwechsel vor und diskutiert Weiblichkeitskonstruktionen und deren Einbindung in Machtverhältnisse auf konstruktivistischer Ebene. Eine theoretische Kontextualisierung des Perspektivenwechsels hätte die Kommunikation ihrer Thesen an feministisch und konstruktivistisch weniger geschulte Rezipient_innen (aus der Indonesistik) erleichtern können.

Insgesamt legt die Autorin eine fundierte und spannende Arbeit zu Islam und Geschlechterpolitiken in Indonesien vor, die auf weitere Publikationen hoffen lässt. Ihre scharfe Kritik an der Ratifizierung der Scharia und der damit einhergehenden Gewalt gegen Frauen drückt sich bereits auf dem Einband des Buches aus, der eine Fotografie verschleierter Schaufensterpuppenköpfe zeigt: körperlos, ausdruckslos und stumm. Diese Repräsentation islamischer Weiblichkeit spiegelt den gegenwärtigen Stand englisch- und deutschsprachiger Forschung wider, die indonesische Frauen entweder als Opfer gegenwärtiger Entwicklungen thematisiert oder ihre politischen Artikulationen auf solche gegen die Scharia verkürzt. De facto fordern aber zahlreiche orthodoxe islamische Frauen die Einführung islamischer Gesetze in Tageszeitungen, auf Demonstrationen und im Parlament. Weshalb werden diese Positionen zum Schweigen gebracht? Und welche Einsichten in Macht- und Herrschaftsmechanismen bleiben über diese Ausblendung versperrt?

Christine Holike, 2008: Islam und Geschlechterpolitiken in Indonesien. Der Einzug der Scharia in die regionale Gesetzgebung. Berlin: regiospectra Verlag, 101 S., ISBN 978-3-940132-04-8.

Gülay Çağlar

Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke

JULIA ROMETSCH

Gülay Çağlar hat mit ihrer Studie eine präzise und detailreiche Untersuchung darüber vorgelegt, wie feministische Anliegen Eingang in die Internationale Politik finden. Bezeichnend wird diese Analyse durch den Fokus auf Prozesse der Wissensgenerierung und das Nachzeichnen der Wege dieses Wissens.

Institutionen der Internationalen Politik wie dem United Nations Development Fund for Women oder der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) und vor allem die Weltbank sind nicht nur Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung, sondern spielen auch in Debatten von GlobalisierungskritikerInnen eine große Rolle. Die Internationale Frauenbewegung leistet ebenfalls Beiträge zum Thema Internationale Politik und Geschlecht, etwa in Form massiver Kritik an Strukturpassungsmaßnahmen der 1980er Jahre. Dennoch liegt nun mit der Arbeit von Çağlar erstmals eine systematische Untersuchung darüber vor, wie Geschlechterwissen im Feld der Global Economic Governance eingebracht wird. Sie fragt, wie Wissen über Geschlecht entsteht und mit welchen Strategien feministische Ökonominen ein Engendering der Makroökonomie betreiben. Dabei geht es um die Konzeptionierung von geschlechtergerechter Politik und Policy-Ansätzen im Kontext der Volkswirtschaft.

Diesen Fragen geht Çağlar am Beispiel des transnationalen Wissensnetzwerkes International Working Group on Gender, Macroeconomics and International Economics (GEM-IWG) nach, in dem sich feministische Ökonominen zusammengefunden haben, um transnationalen Frauenorganisationen Material für ihre Lobbyarbeit zu bieten. Auch multilaterale Organisationen (z.B. Organisationen der Vereinten Nationen) greifen auf die Expertise dieses Netzwerkes zurück. Im Fokus des Netzwerkes steht dabei einerseits Gender Budgeting, andererseits geschlechtergerechte Handelspolitik. Unter Einbeziehung wissenschaftlicher Ansätze und der Diskursanalyse werden im empirischen Teil der Studie Praktiken des Engendering untersucht. Anhand der Dokumente und Expertinneninterviews werden Wege des Wissens innerhalb des Terrains der Global Economic Governance betrachtet und Trennlinien zwischen Ökonomie und sozialer Sphäre bei der Thematisierung von Geschlechterwissen in diesem Feld aufgezeigt.

Die Trennung von produktiver und reproduktiver Sphäre ist nach Çağlar der feministisch-ökonomischen Perspektive inhärent und demnach auch konstitutiv für den Diskurs des Engendering. Entscheidend dafür, wie diese Trennlinie in verschiedenen Settings verläuft, ist die Problemkonstruktion. Entweder, so stellt die Autorin fest, werden die Auswirkungen der Makroebene auf die Mikroebene, also etwa die Auswirkungen handelspolitischer Maßnahmen (Makroebene) auf die Situation von

Frauen, insbesondere auf die geschlechtliche Arbeitsteilung problematisiert, oder umgekehrt die Auswirkungen der geschlechtlichen Arbeitsteilung (Mikroebene) auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Von dieser Problemkonzeption ausgehend wird definiert, was Engendering bedeutet. Im ersten Fall, auch aus Sicht der GEM-IWG bedeutet Engendering, die reproduktive Sphäre als Bestandteil gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge anzuerkennen und Frauen in diesem Sektor zu unterstützen und dementsprechend makroökonomische oder handelspolitische Maßnahmen, die negative Auswirkungen auf Frauen haben, zu modifizieren oder abzulehnen. Im zweiten Fall wird der Fokus darauf gelegt, die gleichberechtigte Partizipation von Frauen an der Marktwirtschaft als Erwerbstätige zu fördern, also Frauen vor allem als Wirtschaftssubjekte zu fassen.

Entscheidend dafür, welche politischen Maßnahmen gefordert werden, ist jedoch laut Çağlar, wie ein solches Geschlechterwissen mit ökonomischem Wissen kombiniert wird. Sie stellt fest, dass die Bedingung für ein Aufgreifen von Forderungen feministischer Ökonominnen durch z.B. die Weltbank vor allem ist, dass das Geschlechterwissen der jeweiligen Institution nicht jenem der Ökonominnen widerspricht. Unter Geschlechterwissen versteht Çağlar, welche sozial konstruierten Annahmen über das Verhältnis von Geschlecht und – bezogen auf ihr Untersuchungsfeld – Ökonomie in einem bestimmten Zusammenhang als wahr anerkannt werden. Das Netzwerk GEM-IWG beispielsweise betont die Verantwortlichkeit von Frauen für die soziale Reproduktion. Dies wird von Çağlar kritisch hinterfragt, indem sie auf die dem zu Grunde liegenden differenzfeministischen Grundannahmen hinweist. Weiterhin plädieren die Ökonominnen dieses Netzwerks aus einem postkeynesianischen Ökonomieverständnis heraus für makroökonomische Maßnahmen, die die reproduktive Sphäre stützen. Die Weltbank betont in Übereinstimmung mit dem Netzwerk die Verantwortlichkeit von Frauen für die reproduktive Sphäre. Sie vertritt jedoch im Gegensatz zum Netzwerk ein mikrofundiertes Wirtschaftsverständnis. Insgesamt sieht die Weltbank die Rolle von Frauen darin, als erwerbstätige Mütter durch unbezahlte Reproduktionsarbeit zur Erneuerung des Humankapitals beizutragen. Die geforderten Maßnahmen zielen daher folgerichtig auf Gesundheit und Bildungsstand von Frauen, nicht auf makroökonomische Strukturen. Da die UNCTAD im Unterschied zum Netzwerk Frauen vor allem als Wirtschaftssubjekte auffasst, finden sich die Forderungen des Netzwerkes in ihren Dokumenten nicht wieder, obwohl es sich bei der UNCTAD um ein für feministische Ökonominnen relativ zugängliches Wissensterrain handelt.

Transnationale Wissensnetzwerke sind also vor allem dann wirksam, wenn sie auf ein Terrain einwirken, das ein ähnliches Geschlechterwissen hat. Der Verdienst von Çağlars Arbeit ist es aufzuzeigen, dass auch sogenannte ‚harte‘ Politikfelder wie die Global Economic Governance für geschlechterpolitische Themen geöffnet werden können.

Gülay Çağlar, 2009: Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 267 S., ISBN 978-3-531-15904-1.

Ina Kerner

Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus

HEIKE KAHLERT

Zu den neueren Herausforderungen der Geschlechter- und Ungleichheitsforschung sowie der Politik der Chancengleichheit gehört die ungestüm um sich greifende Debatte über Diversität und Intersektionalität.

Ina Kerner bereichert und erweitert diese Debatte mit ihrer Dissertation als einem theoretisch ausgerichteten Beitrag, der auf die Analyse der Funktionsmechanismen („Anatomie“) von Rassismus und Sexismus und ihres Verhältnisses zielt und die Vielschichtigkeit und Komplexität der verhandelten Phänomene verdeutlichen will. Als Leitperspektive dient dabei die Machtanalytik Michel Foucaults, die die Verfasserin heuristisch in die epistemische, die institutionelle und die personale Dimension von Rassismus und Sexismus unterscheidet (Kap. 1).

Mithilfe dieser dreidimensionalen Machtanalytik, die sie um verschiedene Formen von Rassismus und Sexismus ergänzt, arbeitet Kerner Ansätze unterschiedlicher, bekannter wie auch eher unbekannter, AutorInnen durch, die sich mit Rassismus (Kap. 2) und/oder Sexismus (Kap. 3) auseinander gesetzt haben. Ihre notwendig selektive Auswahl der behandelten Texte aus dem (west-)europäischen wie US-amerikanischen Raum wird zwar begründet, ist aber nicht immer gleichermaßen nachvollziehbar. Selbstverständlich gibt Kerner dem nationalsozialistischen Rasendenken Raum, der US-amerikanische Rassismus hingegen wird nicht gesondert erwähnt. Die für die Sexismusanalyse ausgewählten Texte, etwa von Simone de Beauvoir, Judith Butler, den Postfeministinnen Susanne Weingarten und Marianne Wellershoff sowie Vertreterinnen des „Feminismus der dritten Welle“ (285) werfen schließlich die Frage auf, ob nicht die epistemische Analysedimension weiter hätte ausdifferenziert werden müssen. Eine kurze Reflexion über die Wechselwirkungen zwischen wissenschaftlichem und eher alltäglichem Wissen wäre hier hilfreich gewesen. Die Aussagekraft der umfangreichen Machtanalysen hätte zudem durch einen tabellarischen Vergleich der bearbeiteten Texte hinsichtlich der darin thematisierten Dimensionen und Formen von Rassismus und Sexismus an Prägnanz gewonnen. Unbegriffen in dem machtanalytischen Rahmen bleibt leider auch, wie die epistemische, die institutionelle und die personale Dimension miteinander verstränkt sind.

Im anregenden Schlusskapitel der Arbeit (Kap. 4) und dem kurzen Ausblick werden die Erkenntnisse der vorangegangenen Machtanalysen systematisierend aufeinander bezogen und eng- sowie weitergeführt. Als Konsequenz plädiert die Verfasserin hier überzeugend für eine multiperspektivische und mehrdimensionale Konzeptualisierung des Verhältnisses der Problemkomplexe Rassismus und Sexismus.

Wesentliche Verdienste der vorliegenden Arbeit sehe ich in Kerners Vorgehensweise, die in zweierlei Hinsicht die gegenwärtig prominente Perspektive auf das virulente Problem der Verschränkung von Ungleichheiten und der diesen zugrunde liegenden Machtverhältnissen verschiebt. Zum Ersten setzt sie mit ihrer Betrachtung nicht an den Ungleichheits*kategorien* an, sondern an den *Machtverhältnissen* beziehungsweise deren Funktionslogiken, die ihrer Ansicht nach im Zusammenhang dieser Kategorien operieren. Den Vorteil gegenüber einer an Differenzbegriffen ansetzenden Analyse sieht sie darin, dass die begriffliche Fassung der Machtverhältnisse, hier in Gestalt von Rassismus und Sexismus, bereits in Begriffen der Machtkritik erfolgt, denen in der Regel keine essenzialisierenden Kerne unterstellt würden. Zum Zweiten schlägt sie eine Unterscheidung von vier Modi des Rassismus-Sexismus-Verhältnisses vor: „erstens Ähnlichkeiten zwischen Formen von Rassismus und Sexismus, zweitens Unterschiede zwischen ihnen, drittens Kopplungen zwischen beiden und viertens schließlich Verflechtungen beziehungsweise Intersektionen“ (312). Damit verdeutlicht sie einleuchtend, dass die derzeit in der Geschlechterforschung aktuelle Perspektive auf Intersektionalität wiederum Engführungen beinhaltet, die der empirischen Überprüfung nicht unbedingt standhalten können: „Ähnlichkeiten, Unterschiede, Kopplungen und Intersektionen sollten, so mein Plädoyer, nebeneinander gestellt statt gegeneinander ausgespielt werden“ (312). Das abschließende „Plädoyer für integrative Analysen“ (19, 387) ist entsprechend folgerichtig. Wie diese method(olog)isch in empirische Forschung umgesetzt werden können, wird in der sehr umfangreichen Monographie allerdings bestenfalls implizit angesprochen. In theoretischer Hinsicht jedoch ist Kerners kenntnisreiche „theoriegeleitete Kartographie“ (13) zur Komplexität von Rassismus und Sexismus und ihres Verhältnisses uneingeschränkt nützlich und lesenswert.

Ina Kerner, 2009: *Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus*. Frankfurt/Main, New York: Campus, 413 S., ISBN 978-3-593-38595-2.

Ilse Lenz (Hg.)

Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung

EVA BUCHHOLZ

In Zeiten, in denen sich „Neue Feministinnen“ vom vermeintlich „alten Feminismus“ und ihren Akteurinnen distanzieren, in denen die Erfolge und Kämpfe der Frauenbewegung in Vergessenheit zu geraten drohen oder geradezu im Sinne eines „undoing feminism“ (McRobbie) desartikuliert werden, ist es wichtig, Erinne-

rungsarbeit zu leisten. Für viele erscheint die deutsche Frauenbewegung jedoch in den 1970er Jahren festgefroren und homogenisiert, man denke nur an die lila Latzhosen tragenden Frauen oder an Bilder junger (weißer, heterosexueller) Frauen auf der Straße, die für die Abschaffung des § 218 StGB demonstrierten. Woran nicht gedacht wird, sind die vielfältigen Aktionen von Migrantinnen, Lesben und anderen Gruppen, die sich gegen Diskriminierungen zur Wehr setzten und für Gleichberechtigung und die Gleichstellung der Geschlechter stritten. Kaum bekannt ist auch, dass die Frauenbewegung erst Mitte der 1990er Jahre ihren Höhepunkt erreichte (26).

Fakt ist, dass die deutsche Frauenbewegung noch nicht vollständig historisch erschlossen ist, und dass es eine ungeheure Vielzahl an Dokumenten wie Zeitschriften, Flugblätter, Romane, Autobiografien, Schallplatten, Fotos und Filme in deutschen Bibliotheken und Archiven gibt, die von der Vielfalt der Frauenbewegungen, ihren AkteurInnen und ihren vielfältigen politischen Anliegen zeugen. Erinnerungsarbeit statt Gedächtnispolitik – dies ist das Anliegen des von Ilse Lenz herausgegebenen Quellenbandes zur Neuen Frauenbewegung in Deutschland.

Die Ziele der Herausgeberin bei der Schaffung dieser umfassenden Sammlung sind, die vielen Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegungen zur Verfügung zu stellen, ihre vielfältigen, kontrastierenden Stimmen und ihre wesentlichen Aussagen in den vergangenen 40 Jahren zusammenzutragen und somit Erinnerungsarbeit zu leisten und zu ermöglichen. Damit werden die Neuen Frauenbewegungen in ihrer Vielfalt und ihrer Entwicklung einem breiten Publikum zugänglich gemacht.

In der Einleitung des Quellenbandes „Die unendliche Geschichte? Zur Entwicklung und den Transformationen der Neuen Frauenbewegungen in Deutschland“ führt Lenz die LeserInnen schwerpunktmäßig durch die Sammlung. Diese besteht aus vier großen Abschnitten, die sich an den Phasen und Transformationen orientieren, nach denen Lenz die Neue Frauenbewegung einteilt: 1. Phase: Bewusstwerdung und Artikulation (1968-1975), 2. Phase: Pluralisierung und Konsolidierung (1976-1980), 3. Phase: Pluralisierung, Professionalisierung und institutionelle Integration (1980-1989) und 4. Phase: Globalisierung, deutsche Vereinigung und Postfeminismus (1989-2000). Lenz schlägt dabei vor, von einer Transformation dann zu sprechen, wenn sich mindestens zwei von vier internen Dimensionen (Trägerschaft, Diskurse, Organisationen und Semiöffentlichkeit) so verändert haben, dass sich insgesamt eine neue Konstellation der Frauenbewegung ergibt (25).

Die nach Phasen gegliederten Abschnitte sind wiederum in insgesamt 32 Kapitel zu bestimmten Ereignissen und ideengeschichtlichen Strömungen unterteilt, denen die einzelnen Quellen zugeordnet sind. Insgesamt sind 262 Quellen aus mehr als vier Dekaden (1968-2005) in den Quellenband aufgenommen. Jedem Kapitel vorangestellt ist ein einführender Text, der einen Überblick über die Ereignisse bzw. ideengeschichtlichen Strömungen gibt, denen die abgedruckten Quellen des folgenden Kapitels zugeordnet sind und diese somit kontextualisiert und besser verstehbar macht. Zur benutzerInnenfreundlichen Handhabung des Buches gibt es ein ausführ-

liches Verzeichnis aller im Buch abgedruckter Quellen, ein Verzeichnis mit biografischen Angaben zu wichtigen AkteurInnen sowie eine umfangreiche Bibliografie. Es stellt sich die Frage, wie in der Erschließung der Quellen vorgegangen wurde: Welche Quellen wurden in den Band aufgenommen und warum? Bei der Auswahl und Analyse der Quellen war es Lenz' Anspruch, selbstreflexiv und „werturteilsfrei“ vorzugehen, und so wurde das Vorgehen in einem Projektteam aus studentischen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen kontinuierlich reflektiert. Alle auszuwählenden Quellen wurden nach den Kriterien ihrer inhaltlichen Bedeutung und Relevanz sowie der Repräsentation verschiedener, wichtiger Strömungen in der Frauenbewegung kritisch durchgesehen und diskutiert. Lenz betont, dass eine Kanonisierung der Texte zu vermeiden sei. Vielmehr sind die in die umfangreiche Sammlung aufgenommenen Quellen als „Ameisen der Bewegungsgeschichte“ (Gauger) zu verstehen, die „aus dem großen Speicher des sozialen Gedächtnisses rekonstruierend wesentliche Elemente zusammen[tragen]“ (17). Auch die Stimmen von bislang weitgehend unsichtbaren AkteurInnen, wie beispielsweise „emanzipativen Männern“, wurden in die Sammlung aufgenommen: Es „wird (...) Zeit, den Beitrag emanzipativer Männer für die Frauenbewegung wahrzunehmen“ (18). Beispiele hierfür sind der Gründungsbeitrag der Gruppe Dissens, die ein Konzept einer aktiven Patriarchatskritik von Männern entwickelte und zum Ausgangspunkt engagierter Männernetzwerke wurde (756-764) oder die Diskussion der „Thesen zur ‚Kritischen Männerforschung‘ (...) als Bestandteil soziologischer Analysen der Geschlechterverhältnisse“ im Arbeitskreis Kritische Männerforschung (1082-1087). Insgesamt spannt der Quellenband zur Neuen Frauenbewegung in Deutschland einen überaus großen thematischen Bogen, der die Komplexität und Vielfalt dieser zu erkennen gibt, so dass hier nur einige Stichwörter genannt werden können, zu denen Quellen gesammelt wurden: Sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, Gesundheit, Arbeit, Selbstbestimmung und Solidarität von Müttern, Bildung, Lesbenbewegungen, Migrantinnen in der Frauenbewegung, Rassismus, Männer, Terrorismus, die Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen, Diskurse über Geschlecht, Autonomie und Gleichheit, Frauennetzwerke und Verbände, Frieden und Internationalisierung. Bei dem vorliegenden Quellenband handelt es sich um eine bislang einzigartige Sammlung von Dokumenten der Neuen Frauenbewegung in Deutschland, die einen neuen Impuls zur Erschließung der Vielfalt der Neuen Frauenbewegung gibt und eine hervorragende Möglichkeit für die historische frauen- und geschlechterpolitische Recherche bietet. Dem Band von 1196 Seiten soll in naher Zukunft ein an Umfang etwas reduzierter Nachdruck bei der Bundeszentrale für politische Bildung folgen.

Ilse Lenz (Hg.), 2008: Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 1196 S., ISBN 978-3-531-14729-1.

Neuere Geschlechterforschung zu Nationalsozialismus und Krieg

SILKE SCHNEIDER

Die feministische Debatte um das Geschlechterverhältnis in Nationalsozialismus (NS) und Zweitem Weltkrieg war in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre von einem vehement ausgetragenen Streit über Opferstatus oder Täterinnenschaft von Frauen geprägt. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gilt in der – immer schon interdisziplinär geprägten – Geschlechterforschung zum Nationalsozialismus die Opfer-Täterdichotomie in ihrer Ausschließlichkeit als überwunden. Vielmehr hat die Frage nach der spezifischen Beteiligung von Frauen und den legitimatorischen Geschlechterbildern des NS-Systems in der neueren Forschung zu dem Befund geführt, dass der Nationalsozialismus, gerade auch im Krieg, tendenziell zu einer Auflösung der Geschlechtertrennung geführt habe und dass Frauen in dem Maße zu Täterinnen wurden, in dem sie die traditionelle Rolle der Mutter und die häusliche Sphäre verließen, um in den Dienst von Partei und Staat zu treten.

Die drei hier zu besprechenden Bände knüpfen auf ganz unterschiedliche Weise an die skizzierten Debatten und Forschungsstände an und sind von unterschiedlichen Motivationen und Erkenntnisinteressen geprägt.

Kathrin Kompisch ist mit ihrem Band über Täterinnen im Nationalsozialismus breit zur Kenntnis genommen worden, bis hin zur Boulevardpresse. Das Buch bietet eine gelungene und routinierte Aufarbeitung der Thematik für ein breites Publikum, stellt allerdings weniger einen innovativen Beitrag zur Geschlechterforschung dar. Die Aufzählung derjenigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen auch oder gerade Frauen im NS zu Täterinnen werden konnten (z.B. Fürsorge), und die knapp gefassten, übersichtlichen Biographien einzelner Frauen stellen die Stärke des Bandes dar und bieten einen Einstieg in die Thematik. Aus wissenschaftlicher Sicht muss dem Band allerdings eine gewisse Kurzsichtigkeit gegenüber dem Stand der Geschlechterforschung zum Nationalsozialismus attestiert werden – gerade im Kontrast zu den beiden ebenfalls zu besprechenden Sammelbänden. Irritierend ist zudem der changierende Begriff von Täterinnenschaft, den Kompisch ihrer Arbeit zugrunde legt, denn er bewegt sich weniger auf einer handhabbaren juristischen Ebene als vielmehr im Bereich moralischer Argumentation.

Einen sehr weitgehenden Anspruch dokumentieren *Elke Frietsch* und *Christina Herkommer* in dem von ihnen herausgegebenen Tagungsband; er soll „erstmal (...) disziplinenübergreifend und auf hohem analytischen Niveau die Bedeutung der Kategorie Geschlecht im Dritten Reich“ (Klappentext) und gleichzeitig deren geschichtspolitische Implikationen bis in die heutige Zeit untersuchen. Insbesondere die neueren Entwicklungen in der feministischen Theorie wie das Verständnis von

Zweigeschlechtlichkeit als Konstrukt sollen an die Thematik herangetragen werden. Inhaltlicher Schwerpunkt der Einleitung ist eine Beschreibung und Analyse der nationalsozialistischen Geschlechterikonographie, denn gerade den Geschlechterbildern im NS komme, so Frietsch und Herkommer, eine entscheidende politische und gesellschaftliche Funktion zu. Insbesondere die kulturwissenschaftliche Geschlechterforschung zum NS bildet daher auch einen Schwerpunkt des umfangreichen, in drei Teile gegliederten Bandes. Der erste Teil inklusive der Einleitung rekapituliert allerdings recht selektiv die Geschlechterforschung zum NS und soll neue leitende Fragestellungen aufwerfen. *Johanna Gehmacher* und *Silke Wenk* thematisieren in ihren Beiträgen jeweils unterschiedliche Formen der medialen Repräsentation des Geschlechterverhältnisses im NS: *Gehmacher* setzt sich mit den Darstellungen von Frauen der NS-Elite in Fernsehen, Populärkultur und Biographien auseinander und plädiert für eine geschichtspolitische Analyse der Selbstpositionierungen dieser Frauen und den propagandistischen Funktionen von „Ausnahmefiguren wie Riefenstahl“ (66). *Wenk* stellt Kunst, Film und Fotografie in den Fokus und fragt nach den „Konstruktionen des Obszönen“, die eine „Nachwirkung im aktuellen Bildergedächtnis“ (70) zeitigten. Gerade die Monstrosität in der Darstellung von Täterinnen, etwa von KZ-Aufseherinnen, erhalte ihre Sensation durch die hier dokumentierte Überschreitung von Geschlechtergrenzen – die dadurch hervorgerufene Abwehr führe wiederum gerade zu einer Stabilisierung symbolischer Ordnungen. *Leke Gravenhorst* setzt sich kritisch mit der Täterforschung im Mainstream der NS-Forschung auseinander. Sie anerkennt die in den neueren Forschungen durchaus explizit thematisierte Geschlechterperspektive, die die NS-Verbrechen als Teil eines historisch spezifischen Systems von Männlichkeit einordnet, vermisst aber die Berücksichtigung der damit verbundenen „Motive und Interessen von Frauen, die in korrelierenden, historisch besonderen Weiblichkeitssystemen geformt worden sind“ (98).

Der zweite Teil des Bandes widmet sich den Geschlechterdifferenzen selbst, wobei so unterschiedliche Themen und Politikfelder wie sexualisierte Gewalt in der Verfolgungspraxis des NS (*Brigitte Halbmayr*), KZ-Bordelle (*Robert Sommer*), deutsch-französische Liebesbeziehungen (*Patrice Arnaud*) und Strafrechtspflege (*Thomas Roth*), Handlungsräume von Frauen im Gesundheitswesen (*Viola Schubert-Lehnhardt*) oder als SS-Angehörige (*Lavern Wolfram*) behandelt werden. Analysen von Geschlechterbildern in Rundfunkbeiträgen, Spielfilmen, Wochenschaubeiträgen und bildender Kunst finden sich ebenfalls im zweiten Abschnitt. Der dritte Teil des Bandes versammelt schließlich Beiträge zum „sozialen Gedächtnis“ nach 1945. Hier wird die Geschlechterdifferenz im Umgang mit dem NS u.a. am Beispiel des britischen Prozesses gegen Aufseherinnen aus Ravensbrück dargestellt (*Simone Erpel*). Auch die mediale Thematisierung wird behandelt. So analysiert *Hildegard Frübis* die Rezeptionsgeschichte des Tagebuches von Anne Frank und verweist auf die Universalisierung ihrer Person und Geschichte. Die Rolle der Kategorie Geschlecht bei der Analyse generationenübergreifender Narrationen zum NS in Familien unterstreicht schließlich die Soziologin *Iris Wachsmuth*.

Der Band bietet insgesamt einen guten Überblick über die derzeitigen Forschungsthemen, insbesondere in seinem medialen Schwerpunkt. Anknüpfungspunkte für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bieten u.a. besonders die Beiträge von Wenk, die unter Einbeziehung neuerer feministischer Theoriepositionen aufzeigt, inwieweit Geschlechterbilder die Deutungsmuster des NS strukturieren und Halbmayr, die die politische Funktion sexualisierter Gewaltformen darlegt.

Der von *Insa Eschebach* und *Regina Mühlhäuser* herausgegebene Sammelband präsentiert Beiträge der Sommeruniversität der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück im Jahr 2007 zum Thema „Zwangsprostitution in Kriegs- und Krisengebieten im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert“ und stellt damit eine spezifische Form von Opferschaft in den Mittelpunkt. Am historischen Ort des KZ Ravensbrück, aus dem viele Frauen für den „Arbeitseinsatz in Bordellen“ rekrutiert worden waren, wollten die Initiatorinnen der Sommeruniversität zum einen eine bisher wenig untersuchte Häftlingsgruppe in den Vordergrund stellen, zum anderen der Skandalisierung des Themas Zwangsprostitution in den Medien eine wissenschaftliche Analyse und Diskussion entgegenstellen. Diese wissenschaftliche Behandlung des Themas über geographische und zeitliche Grenzen hinweg beinhaltet einige Fußangeln, die mit den Fragen der Vergleichbarkeit und Gleichsetzung von nationalsozialistischem Unrecht, Verbrechen der japanischen Armee an den „Comfort Women“ und heutiger Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien oder Ruanda gleichsam aufgespannt werden. Die Herausgeberinnen weichen dieser komplexen Analyselage und der politischen Aufladung der Themenkonstellation nicht aus, sondern formulieren in ihrer Einleitung differenzierte Fragstellungen und begründete Begrifflichkeiten. So schlagen sie vor, für die einzelnen Forschungsfelder genau die jeweiligen Geschlechterbilder, die Vorstellungen von Rasse und Ethnizität, die verschiedenen Formen der Gewaltanwendung und schließlich die verschiedenen Kriegstypen in den Blick zu nehmen. Auch der Stand der Theorieentwicklung zur Thematik ist übersichtlich dokumentiert. Die Beiträge im ersten Teil des Bandes stellen die analytischen Konzepte von Geschlecht und Ethnizität in den Mittelpunkt, da sie – und die verschiedenen Dimensionen ihrer Verknüpfung – als entscheidend für die Erklärung sexueller Gewalt im Krieg gelten. Dem Beitrag von *Miranda Alison* liegt die Untersuchung der Rolle sexueller Gewalt in den Kriegen in Ex-Jugoslawien und während des Völkermords in Ruanda sowie die Analyse internationaler Rechtsnormen zu sexueller Gewalt zugrunde. Überzeugend stellt sie die Relevanz einer ethnisierten Konstruktion von Männlichkeit in den Focus ihrer Überlegungen, was in Abgrenzung zu feministischen Erklärungen geschieht, die laut Alison den entscheidenden Faktor der Ethnizität zu lange vernachlässigt hätten. Die amerikanische Politologin *Elisabeth Jean Wood* differenziert sehr systematisch verschiedene Erscheinungsformen sexueller Gewalt im Krieg. Erklärungsbedürftig erscheint ihr insbesondere, dass es durchaus bewaffnete Konflikte ohne das Ausüben sexueller Gewalt gibt. Sie zieht daher u.a. die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und PalästinenserInnen,

in Sri Lanka und El Salvador als Beispiele heran, in denen sexuelle Gewalt selten vorkam bzw. -kommt. *Gaby Zipfel* unternimmt einen übergreifenden analytischen Zugriff auf das Phänomen der sexuellen Gewalt im Krieg und plädiert für eine dichte Beschreibung sexueller Gewalt, um deren Funktionen auch über die Kriegszeiten hinaus berücksichtigen zu können.

Der zweite Teil des Bandes ist historischen Untersuchungen zu Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg gewidmet. Hier werden Forschungsergebnisse zu „Sex-Zwangsarbeit“ in Konzentrationslagern (*Brigitte Halbmayr*) und dem Umgang der männlichen Häftlinge mit dem Bordell-Angebot präsentiert (*Robert Sommer*). *Regina Mühlhäuser* wertet Erinnerungsberichte über sexuelle Gewalttaten von Wehrmacht und SS in der besetzten Sowjetunion aus und plädiert für eine differenzierte Deutung sexueller Gewalt, die nicht „das immer gleiche Verbrechen“(185) sei.

Der letzte Teil des Bandes ist dem Umgang mit sexueller Gewalt auf der Ebene des Rechts sowie als Teil wissenschaftlicher Aufarbeitung und politischer Bildung gewidmet. Zwei Beiträge sind Ausstellungsprojekten zum Thema sexuelle Gewalt gewidmet, die auf ganz unterschiedlichen Konzeptionen beruhen. *Insa Eschebach* und *Katharina Jedermann* erläutern die Ausstellung in Ravensbrück zum Thema Sex-Zwangsarbeit in Konzentrationslagern, in der auf Bildmaterial verzichtet wurde, um nicht den Blick der Täter zu wiederholen, während *Mina Watanabe* die auf Fotos und Fallgeschichten basierende Ausstellung des Women's Active Museum on War and Peace zu „Comfort Stations“ in Japan und die Schwierigkeiten, die sich aus dem Anspruch ergeben, sowohl die „Realität der Opfer“ als auch die „Realität der Täter“ (262) darzustellen, beschreibt.

Für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bieten beide Sammelbände viel versprechende Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen. Die besondere Qualität des von Eschebach und Mühlhäuser verantworteten Bandes liegt darin, dass hier überzeugend und auf einen Themenkomplex konzentriert aufgezeigt wird, wie sehr die Theorieentwicklung und das Bestreben, universale Antworten auf die Frage nach dem Aufkommen und der Funktion sexueller Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen zu formulieren, von einer differenzierten Begriffswahl, von der multidimensionalen Untersuchung empirischer Fälle und nicht zuletzt von der Einbeziehung einer historischen Perspektive profitieren.

Insa Eschebach, Regina Mühlhäuser (Hg.), 2009: Krieg und Geschlecht. Sexuelle Gewalt im Krieg und Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern. Berlin: Metropolis Verlag, 299 S., ISBN 978-3-940938-21-3.

Elke Frietsch, Christina Herkommer (Hg.), 2009: Nationalsozialismus und Geschlecht. Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, „Rasse“ und Sexualität im „Dritten Reich“ und nach 1945. Bielefeld: transcript Verlag, 454 S., ISBN 978-3-89942-854-4.

Kathrin Kompisch, 2008: Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, 277 S., ISBN 978-3-412-20188-3.

Stefan Kausch

Die Regierung der Geschlechterordnung. Gender Mainstreaming als Programm zeitgenössischer Gouvernementalität

MIRIAM GWISDALLA

Dieses schmale Buch basiert auf einer 2005 an der Universität Leipzig eingereichten Diplomarbeit. „Es geht in dieser Arbeit vor allem um die Möglichkeit, zu verstehen, wie regiert wird“ (11), und zwar wie die Geschlechterordnung regiert wird. „Die (...) hegemoniale, ‚heteronormative‘ (...) Ordnung der Geschlechter ist (...) Regulierungsversuchen unterworfen“ (15). Am Beispiel des Gender Mainstreaming (GM), welches das gegenwärtige Paradigma der Regierung von Geschlechterverhältnissen darstellt, soll gezeigt werden, wie „Programme Wirklichkeiten konstruieren und in diese eingreifen (wollen).“ (ebd.) Stefan Kausch untersucht deshalb diskursanalytisch und auf Foucault rekurrierend ausgewählte Texte, die für die Implementation des GM in Deutschland zentral erscheinen: Dies sind in erster Linie Texte von Barbara Stiegler, die als eine der ersten GM im deutschen Kontext diskutiert, und Marianne Weg, mit der sie inzwischen ein ExpertInnen-Netzwerk zur Beratung und Weiterentwicklung des GM-Ansatzes gegründet hat. Für die Implementation auf Bundes- bzw. Landesebene analysiert Kausch in erster Linie Texte des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, das als erstes Bundesland GM stärker implementiert hat.

In Verwaltung und vielfältigen Organisationen und Institutionen wird das Konzept top-down als Lösung von Geschlechter-Ungerechtigkeiten implementiert. Die Basis ist also normativ, wird aber, so Kausch, mit nicht-normativen Lösungsmustern und anderen normativen Zielsetzungen gekoppelt, z.B. der Reform der öffentlichen Verwaltung, die bereits etabliert sind. GM ist im Zusammenhang mit Begriffen wie „aktivierender Staat“ und „Bürgergesellschaft“, somit neuen staatlichen Steuerungsinstrumenten zu sehen. Es gibt starke Parallelen zur Empowerment-Technik, die ebenfalls von außen angestoßen wird, aber nur von den Subjekten selbst verinnerlicht und durchgeführt werden kann. Neben den Organisationen soll jedes Subjekt selbst GM in seinem persönlichen Alltag umsetzen. Die Steuerung von außen und oben wird durch die Selbstregierung ergänzt.

Kausch analysiert im Folgenden die GM-Prozesse anhand des Foucaultschen Normalitätskonzepts und des Normalismus nach Jürgen Link. Daneben nimmt Kausch Bezug auf den von Foucault ausgeleuchteten Begriff der „Bevölkerung“. Er nimmt, so Kausch, eine zentrale Stelle im GM-Programm ein, einerseits als Bevölkerungspolitik – im Kampf um gut ausgebildetes Humankapital –, andererseits in der Gesundheitspolitik.

Mainstreaming-Prozesse beinhalten immer Normalisierungstechniken, denn Integrationsstrategien sind immer auf eine Integration in „das Normale“ gerichtet. (82) „(W)as in den Mainstream einbezogen wird, kann sich schwer einer Normalisierung entziehen.“ (107)

Gender Mainstreaming – Lösung oder Teil des Problems? Für Kausch ganz klar letzteres. GM trägt nicht zum Abbau der herrschenden hierarchischen Geschlechterordnung bei. Sein Fazit: „Gender Mainstreaming bestärkt und festigt die heterosexuelle Matrix, *indem* sie sie bearbeitet“ (107, Herv. i. O.) und erscheint somit ungeeignet, die herrschende Geschlechterordnung zu überwinden. Anstatt die Dualität der Geschlechter aufzuheben, wird sie im Gegenteil noch verstärkt durch die permanente Hervorhebung der Unterschiede von Frauen und Männern. GM ist untrennbar verbunden mit den neuen Steuerungs- und Regierungstechniken des Neoliberalismus. Der neue Staat ist trotz vermeintlichen Freiheitszuwachses weiterhin ein normalisierender Staat, in dem sich die Subjekte selbst regieren. (104) Gender ist dabei nur einer unter mehreren diskursiven Kontexten.

Kausch analysiert mit viel theoretischem Hintergrundwissen die Programmatik, nicht die Umsetzung des GM, wobei er die analysierten Schriften fast schon zu ausführlich zitiert. Die Komplexität seiner Analyse macht es streckenweise schwer, seinen Ausführungen zu folgen. Er schließt mit seiner Arbeit eine Forschungslücke und bietet Anknüpfungspunkt für weitere kritische Analysen.

Stefan Kausch, 2008: Die Regierung der Geschlechterordnung. Gender Mainstreaming als Programm zeitgenössischer Gouvernementalität. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 120 S., ISBN 978-3-89741-252-1.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Andresen, Sünne / **Koreuber**, Mechthild / **Lüdke**, Dorothea (Hg.), 2009: Gender and Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Interdisziplinärer Dialog zur „Modernisierung“ von Geschlechter- und Gleichstellungspolitik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Löw, Martina (Hg.), 2009: Geschlecht und Macht. Analysen zum Spannungsfeld von Arbeit, Bildung und Familie, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Voss-Dahm, Dorothea, 2009: Über die Stabilität sozialer Ungleichheit im Betrieb. Verkaufsarbeit im Einzelhandel, Berlin: edition sigma.

